

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291.

Mittwoch, den 13. Dezember 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die sächsische Regierung fordert das Zuchthausgesetz.

In der Zeit der Wahlbewegung müssen die Wähler besonders auf die letzten Debatten im Sächsischen Landtage hingewiesen werden, in dem am Montag die Interpellation der Nationalliberalen über den Schutz der Arbeitswilligen und der Geschäftsleute gegen sozialdemokratischen Boykott und Terrorismus verhandelt wurde. Es war nicht verwunderlich, daß die Konservativen die Gelegenheit beim Schopfe nahmen und den Antrag stellten:

Die Regierung möge im Bundesrat für ein Reichsgesetz zum Schutze der Arbeitswilligen und der Freiheit des Gewerbebetriebes gegen Boykott eintreten.

Für die Konservativen sprach der scharfmacherische Abg. Dr. Böhme, der ein neues Zuchthausgesetz wünscht oder mindestens eine Ausdehnung des bestehenden Strafgesetzes und der Gewerbeordnung in seinem Sinne. Auch beklagte er es, daß die Verwaltungsbehörden viel zu wenig auf dem Verordnungswege gegen Boykott und Terrorismus vorgehen. Der Redner der Nationalliberalen, Abg. Bleyer betonte, die Interpellation seiner Partei solle keinen Angriff auf die Koalitionsrechte bedeuten, an dem auch die Unternehmer interessiert seien, aber auch er appellierte bedenklich an den Strafrichter.

Auch sein Herz legte in den innersten Falten nach Ausnahmegeetzen. Nachdem der sozialdemokratische Fraktionsredner den Vorrednern die Wahrheit gesagt hatte, beantwortete der Minister des Innern, Graf Biztum v. Eckardt die Interpellation. Es ist notwendig, diese Ausführungen ebenso wie die der bürgerlichen Redner genauer anzusehen. Der Minister sagte, die sächsische Regierung stehe zwar auf dem Boden der Koalitionsfreiheit, aber sie werde die Koalitionsfreiheit auch „freihalten von allen Ausschreitungen und Mitteln, die mit der Rechtsordnung nicht verträglich sind“. Derartige Ausschreitungen zurückzuweisen, sei eine berechtigte Aufgabe des Staates. Die sächsische Regierung sei überzeugt, daß die bisherigen, zur Innehaltung der wirtschaftlichen Ordnung geschaffenen Gesetzesbestimmungen nicht genügen. Die Regierung sei daher bereit, im Bundesrat für eine entsprechende Änderung des Reichsgesetzes einzutreten. Nach dieser Rede bekamen es selbst die nationalliberalen Interpellanten mit der Angst, und Zoepfel betonte, daß die nationalliberale Fraktion den konservativen Standpunkt nicht teile. Sie wolle keine scharfmacherischen Tendenzen fördern. Sie verwerfe also eine Ausnahmegeetzgebung gegen die Arbeiter und lehne es ab, eine Zuchthausvorlage zu fördern.

Diese Ausführungen wirken wie ein Angstprodukt im Hinblick auf die Wahlen. Die Redner, die ich hier ... Schon in der Einbringung der Interpellation haben die Nationalliberalen in Sachen beklundet, was sie wollen. Und sie wußten genau, wie der Wind weht! — Dieser Ansicht ist auch das „Berl. Tageblatt“, das zu der Sache schreibt: „Die sächsische Regierung hat es im Landtage klipp und klar ausgesprochen, daß sie bereit sei, im Bundesrat für eine neue Zuchthausvorlage einzutreten. Sie würde eine so bestimmte Erklärung in einer so hochpolitischen Frage schwerlich abgegeben haben, wenn darüber im Bundesrat nicht ausgiebig gesprochen worden wäre; und für so beschränkt wird niemand die sächsische Regierung halten, daß sie sich in dieser Frage festlegen würde, wenn sie annehmen müßte, dabei im Bundesrat ohne Unterstützung zu bleiben. Die sächsische Regierung ist tunlichst noch um einige Nuancen reaktionärer als die preussische, aber die allgemeine Marschrichtung erhält sie von Berlin. Sehr eigenartig ist auch die Rolle, die die sächsischen Nationalliberalen in dieser Angelegenheit spielen. Ihre Haltung erinnert bedenklich an den Frankfurter Parteitag vom Jahre 1894, wo die Nationalliberalen, durch ihr Geschrei nach Maßnahmen gegen den „Umsturz“, der Reaktion das Stichwort brachten zur Einleitung eines mehr als zehnjährigen Kampfes um neue Ausnahmegeetze. Damals protestierte Herr Bassermann, wie diesmal Herr Zoepfel protestiert; nämlich gegen eine Mißdeutung der Absichten, von denen die Nationalliberalen geleitet würden. Man wird doch gut tun, sich

an die Erfahrungen der neunziger Jahre zu halten und dem Vorgehen der sächsischen Nationalliberalen das äußerste Mißtrauen entgegenzubringen. Der rechte Flügel zum mindesten ist und bleibt Schrittmacher der konservativen Reaktion, und der linke hat nicht die Kraft, das zu verhindern. Erfreulich ist nur, daß die sächsische Regierung ihr Bekenntnis zur nackten Scharfmacherei der neunziger Jahre so unmittelbar vor den Wahlen abgelegt hat. . . .“

Die Vorkommnisse im sächsischen Landtage sollten den Reichstagswählern, mindestens den Wählern aus der Arbeiterschaft, eine Warnung sein.

Die „Germania“, das Zentrumsblatt, hat den Ausführungen des Ministers bezeichnenderweise nichts hinzuzufügen.

Die „Kreuzzeitung“, das Blatt der preussischen Junker, bemerkt zu der Ministerrede: „Diese Rundgebung wird in weiten Kreisen Befriedigung hervorrufen. Es scheint daraus hervorzugehen, daß ein großer Teil der einzelstaatlichen Regierungen mit einem gesetzgeberischen Vorgehen gegen den Streikerterrorismus einverstanden ist und die Dringlichkeit dafür anerkennt. . . . Einen Ausschub können derartige Maßregeln nicht mehr erleiden. . . .“

Arbeiter! Seid auf der Hut!

Die Reichstagswahl.

Der Nummer der „Freisinnigen Zeitung“.

In der Erkenntnis, daß die Konservativen den Fortschritten nicht ohne reichliche Gegenleistungen ihre Stützwahlhilfe leihen, glaubt die „Freisinnige Zeitung“ im gegenwärtigen Wahlkampf nichts Besseres tun zu können, als Tag für Tag einen Leitartikel gegen die Sozialdemokratie zu veröffentlichen. Das ist nun umso mehr Sache des offiziellen Organs für Diskreditierung des liberalen Gedankens, als diese sozialisttenden Belanglosigkeiten nach dem Rezept: „Nützt es nichts, so schadet es am Ende auch nichts“ abgesetzt sind. Wir würden uns auch mit dem letzten, am 12. Dezember 1911 gegen die kapitalfeindliche „sozialdemokratische Hegelei“ veröffentlichten Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ nicht weiter befassen, wenn darin nicht die mehr als naive Frage gestellt würde, ob eine solche hegeleische Kampfesweise nicht auf derselben Höhe stände, als wenn man die deutsche Sozialdemokratie etwa für das Attentat des österreichischen Arbeiters Negusch verantwortlich machen wolle.

Wir lehnen als Belastung des sozialdemokratischen Schuldkontos einen solchen Vergleich schon um deswillen ab, weil die Hervorkehrung der Gegensätze zwischen arm und reich durchaus keine sozialdemokratische Spezialität ist, sondern eine Handlung, zu der sich — allerdings gewiß sehr zum Arger des führenden Organs der fortschrittlichen Volkspartei — auch bürgerliche Sozialpolitiker bei Betrachtungen über die unhaltbaren sozialen Zustände der Gegenwart oft genug verpflichtet fühlen.

Aber von einer das zulässige Maß entschieden überschreitenden Weltfremdheit zeugt es, wenn die „Freisinnige Zeitung“ sich in ihrem Leitartikel stellt, als ob die Auspielung des Wiener Attentats gegen die Sozialdemokratie eine im politischen Leben Deutschlands unmögliche Sache sei. Auch die „Freisinnige Zeitung“ sollte wissen, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie es sich eigens ein Flugblatt hat kosten lassen, um die Tat des Arbeiters Negusch gegen die Sozialdemokratie ins Feld zu führen. Es heißt wörtlich in diesem Machwerk, daß „alle Fäden zwischen Ursache, Beweggrund und Wirkung“ des von Negusch verübten Verbrechens „zur sozialdemokratischen Partei hinlaufen“, daß „die moralische Mitschuld der sozialdemokratischen Führer an der Tat außer Zweifel“ stehe und daß sogar, „wenn auch nicht die ganze Partei, so doch einzelne sozialdemokratische Persönlichkeiten der Begünstigung des Verbrechens verdächtig seien“.

Alles das sind Behauptungen, deren Verlogenheit vor allem jetzt nach stattgehabter Gerichtsverhandlung anscheinend auch der „Freisinnigen Zeitung“ einleuchtet, die aber nicht damit aus der Welt geschafft werden können, daß das fortschrittliche Zentralorgan sich stellt, als lägen sie außerhalb aller Möglichkeit. Da wir nun aber hiermit die „Freisinnige Zeitung“ eines besseren belehren mußten, so legen wir ihr nahe, falls sie wieder einmal beweisen will, wie gehegt wird, sich an die Adresse des Reichsverbandes zu wenden, und diesen Rat wird sie uns vielleicht umsoweniger übel deuten, als die Zeiten, wo auch die freisinnige Partei sich mit Behagen die reichsverbandlerische Unterstützung gefallen ließ, ja noch nicht allzu weit zurück liegen, und

freisinnige Kandidaten — siehe Klein — sich der Liebe des Reichsverbandes gern rühmen.

Keine Wahlkarten für die Berliner Wähler.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte den kürzlich von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag, für die bevorstehenden Reichstagswahlen den Berliner Wählern von Stadt wegen amtliche Wahlkarten als Legitimationen zu übersenden, einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen. Dieser Ausschuß lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. — Freisinnig!

Aus dem Zentrumslager

wird gemeldet: Der Abg. Müller-Fulda hat sich trotz seiner früheren Versicherung, nicht wieder kandidieren zu wollen, doch wieder für Fulda-Schlüchtern aufstellen lassen. Es ist nicht das erste Mal, so bemerkt die „Voss. Stg.“ zu dieser Notiz, daß dieser Zentrumsführer sich zunächst weigert, wieder eine Kandidatur zu übernehmen und dann sich doch wieder wählen läßt.

Wahllokal und Wahllegitimation.

Auf eine Eingabe der Liberalen an den Regierungspräsidenten in Straßund, die Wahllokale so einzurichten, daß eine Beeinflussung und Kontrolle der Abstimmenden nicht erfolgen kann, ist jetzt eine Antwort eingetroffen. Der Regierungspräsident teilt mit, er habe die Landräte seines Bezirks erucht, bei der Bestimmung der Wahllokale darauf Bedacht zu nehmen, daß dazu, soweit zugänglich, nur Schulen, Wirtschaften u. dergl. ausgewählt werden. Auch der Landrat des Kreises Franzburg hat eine Anweisung herausgegeben, in der es heißt: „Wegen der Wahllokale weise ich darauf hin, daß Privatwohnungen, soweit sie als Wahllokale dienen, dadurch während der Wahl zu öffentlichen Lokalen werden.“ — In Köslin beschäftigte sich die letzte Stadtverordnetenversammlung mit der Legitimation bei der Wahl. Auf Anregung unserer Genossen wurde einstimmig beschlossen, die Reichstagswähler amtlich zu benachrichtigen, daß sie in der Wählerliste stehen. Gleichzeitig soll der Wahlbezirk und das Wahllokal angegeben werden. Die Benachrichtigung dient als Legitimation.

Gegen die polnischen Junker.

Mit der Ausschreibung der Reichstagswahlen ist der Sprachenparagraf des Vereinsgesetzes außer Kraft getreten und damit wird auch in den rein deutschen Landesteilen den Polen der Maulkorb abgenommen, den ihnen das „liberale“ Reichsvereinsgesetz umgebunden hat. Und wenn die polnischen Wähler zu sprechen anfangen, dann sprechen sie recht kräftig. In Berlin fand Sonntag eine vom Verein polnischer Sozialisten einberufene Wählerversammlung statt, die eine Resolution annahm, in der die volksfeindliche Politik der polnischen Reichstagsfraktion gebrandmarkt und insbesondere hervorgehoben wird, daß diese Fraktion im Wettbewerb mit den preussischen Junkern und dem Zentrum bei der Finanzreform den Arbeitern die wichtigsten Lebensmittel verteuert hat. Die Versammelten verpflichteten sich, alles aufzubieten, um möglichst sämtliche polnischen Wähler zur Abgabe ihrer Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten zu bewegen, denn nur diese geben die Gewähr, daß die Rechte des Volkes verteidigt und nicht verraten werden. — Auch eine bürgerliche Polenversammlung in Berlin wandte sich scharf gegen die Teilnahme der polnischen Abgeordneten an den schwarzblauen Volksfähigungen und stellte als polnisch-bürgerlichen Jährlkandidaten für Berlin den Schriftsteller Josef Chociszewski-Gnesen auf.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nette „Arbeiter-Vertreter“.

Die „Münchener Post“ schreibt: „Triumphierend hat die Zentrumspreffe verkündet, daß der christliche Arbeitersekretär Königbauer im Wahlkreis Traunstein nahezu einstimmig wieder als Kandidat für den Landtag aufgestellt worden ist. Die seraphischen Organe haben aber leider unterlassen, auch die Bedingungen mitzuteilen, denen sich Herr Königbauer für den Fall seiner Wahl unterworfen hat. Und doch sind diese Bedingungen, wie wir annehmen, gerade auch für die christlichen Arbeiter ganz besonders interessant. Dem „Tittmoninger Einzelger“ hat man es zu danken, daß die Öffentlichkeit auch diese Bedingungen erfährt. In Nr. 96 vom 2. Dezember 1911 gibt dieses Blatt bekannt:

„Herr Stadtschreiber Ludwig (Tittmoning) knüpfte an die Aufforderung Königbauers als Kandidaten die Bedingung, daß er nichts unternehme, in Staat-

Eröffnung am Freitag, **Moising**
ein Maß- u. Reparatur-Geschäft
und empfehle mich dem geehrten
Publikum.
Paul Haffa, Schuhmacher.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Schreiber, Dentist.
Sandstraße 4, I.

Zähne und ganze Gebisse in
Aluminium sind der Gesundheit
viel zuträglicher wie Kautschuk,
Kiefer auch in Gold, Kautschuk etc.
Blombieren hohler Zähne mit Neros-
Behandlung in einer Sitzung.
Neuestes Verfahren. Krankentafel-
Behandlung.

Zur Feinbäckerei
feinsten Lauschen Kuchensirup,
sämtliche Gewürze, sowie
Süßfrüchte in verschiedenen
Sorten halte bestens empfohlen.
Joh. Bötcher
Reifenstraße 43.

Unter alte veralt. Döpfe
werden neue email. Bäden
geleht. Menstraße 19.

Anker-Uhr 50 Stunden
für nur 3.50 Mk. mit Kette 4.50 Mk.
Marktwiese 2. part. bei der Post.

Weihnachtsbäume
zu verkaufen.
H. Paasch, Glienstraße 4.
Eine Frau empfiehlt sich für
sämtliche Strick- und Näharbeit.
Grüner Weg 6c.

Abhanden gekommen ein kleiner
Hund, Steuerz. 667. Wiederbring.
erhält Belohnung. Brodesstr. 61.

Visitkarten
liefert
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :
Johannisstraße 46.

Kranken-Unterstützungs-Bund
der Schneider.

Mitglieder - Versammlung
am Donnerstag, 14. Dezbr.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Wahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mit-
glieder ersucht Die Ortsverwaltung.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 17. Dezember 1911
von nachmittags 4 1/2 Uhr an:
Zusammenkunft
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Vortrag: Sächsische Sagen und Ge-
schichte.
Der Jugendausschuß.

Achtung!
Zu dem
festen Sonntag, dem 11. Dez.
Nachtstunden
großen Auspielen
von Karpfen
auf einem Ziehbrüder
lade ich alle Freunde und Gönner
ganz ergeben ein.
Anfang 10 Uhr vormittags.
Franz Gallies, Mittelstr. 28a.

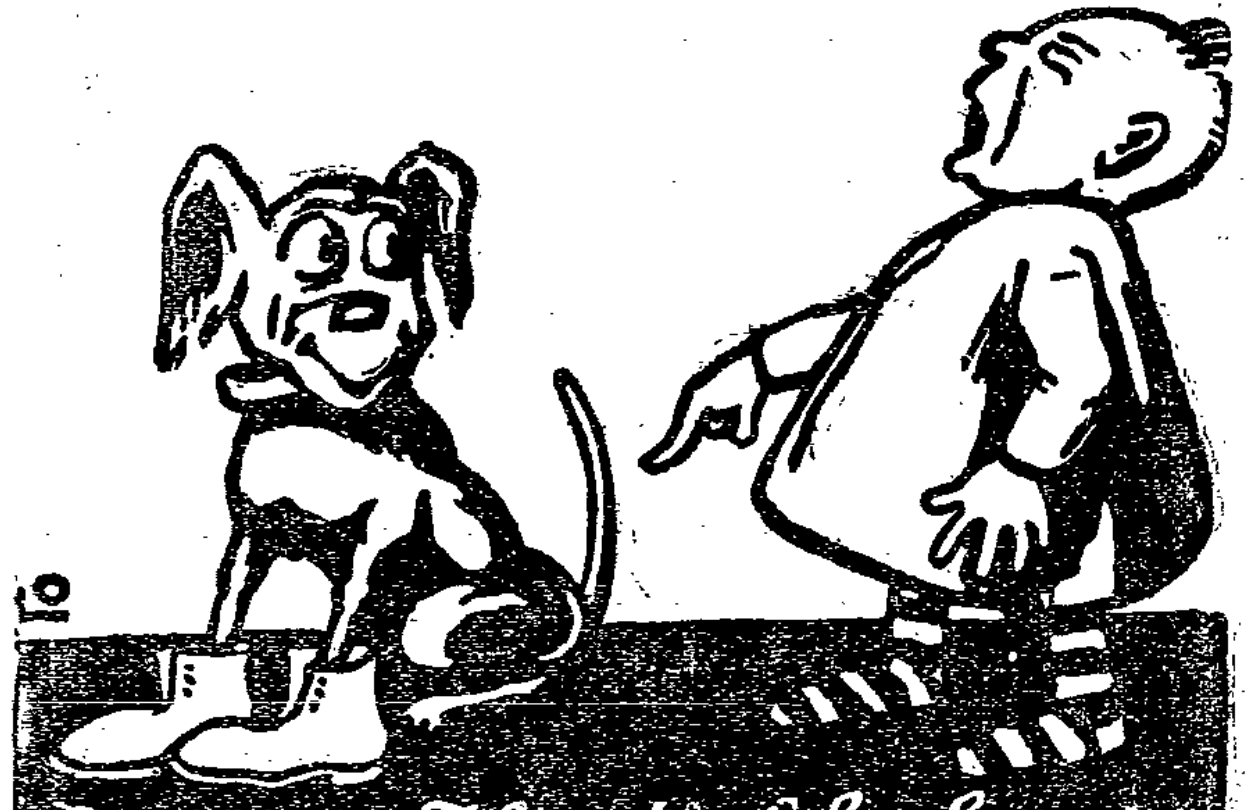
Bei diesen teureren Zeiten

beachte man, daß die in Qualität unerreichte
allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine

Palmato

ein vorzüglicher Ersatz für Molkereibutter ist
und nur halb so viel kostet. Einzig haltbare
Nußbutter, leicht verdaulich und bekömmlich.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.



In den Kinderschuhern

steckt die Margarine-Fabrikation schon längst
nicht mehr. Sie ist gross und bedeutend, dank
der vorzügl. Beschaffenheit ihrer feinsten Marken

Rheinperle

-Margarine, das Beste vom Besten.

Solo

-Margarine, der altbewährte feine Butter-Ersatz.

Cocosa

feinste Pflanzen-Butter-Margarine.

Diese drei, an Qualität unerreichten Ersatz-
mittel für Butter sind bei den Hausfrauen
besonders beliebt; sie haben millionenfache
Verbreitung. — Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Holl. Marg.-Werke Jurgens & Pilszen
G. m. b. H. Goch.

Rheinperle
Solo
Cocosa

statt
Butter
das beste!

Schmucksachen - Photographien
von Mk. 2.00 an.
Atelier Lubeca, Breite Str. 13.

Bungeideter Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. L. C. Bunge, G. m. b. H.

Turnhallen-Bauverein.

General-Versammlung
am Donnerstag, 14. Dez.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht (u. a. Erwerb
eines Grundstücks).
2. Vorstandswahlen.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung!
Steinsetzer u. Berufsgen.

Versammlung
Donnerstag, 14. Dez.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Frauen.

Versammlung
am Donnerstag, 14. Dezbr.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. Diez; Friede
auf Erden.
2. Agitation für die Gleichheit.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch bittet
Die Einberufenerin.

Zentral-Hallen

Dankwardtgrube 20.
Jeden Dennerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 14. Dez. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 77. Donnerstag-Ab. 13.
Hoffmanns Erzählungen.
Oper von Offenbach.
Freitag, 15. Dezember. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 78. Freitag-Ab. 13.
Bei kleinen Preisen!
Prinzessin Herzlieb
Weihnachtsmärchen von C. Gruppe
Lörcher.
Mit großen Ballett-Einlagen.
Vorläufige Anzeige.
Sonntag, 17. Dezember. 7 1/2 Uhr.
Bei gewöhnlichen Opernpreisen!
Eum. Gastsp. d. Kgl. Hofoperfassung
Irma Tervani
von der Kgl. Hofoper in Dresden
Garmen.
Große Oper von C. Bizet.

